

Kanadas neues Klima

VON UTA-CAECILIA NABERT

VICTORIA Ein milder Freitag in der kanadischen Provinzhauptstadt Victoria. In einer Straße blühen die Kirschbäume, Sonnenstrahlen fallen durch die Glasfront eines Eckcafés. Auf einem Tisch liegt ein Magazin, dessen Cover die schwedische Klima-Aktivistin Greta Thunberg zeigt. Es ist still in dem Café, menschenleer, während draußen vor verschiedenen Regierungsgebäuden Demonstranten skandieren. Sie haben sich in Solidarität zu den Wet'Suwet'-Indianern versammelt, die im Norden gegen den Bau einer Erdgas-Pipeline kämpfen. „Es geht mir darum, den Stamm in seinen Rechten zu unterstützen“, sagt die Biologiestudentin Rhia. „Schließlich soll diese Leitung auf ihrem Territorium verlegt werden. Aber ich begreife auch nicht, dass unsere Regierung in Zeiten des Klimawandels auf die Förderung fossiler Brennstoffe setzt, anstatt erneuerbare Energien zu fördern.“

Nur rund zehn Gehminuten von dem Café entfernt erheben sich die Kuppeln des neobarocken Parlamentsgebäudes der Provinz British Columbia in den Himmel. Vor dem Bau ist es erstaunlich ruhig. Bis vor Kurzem hatten hier tagelang Demonstranten den politischen Betrieb eingeschränkt. Viele von ihnen hatten Zelte auf dem Rasen vor dem Gebäude aufgeschlagen. Die Wet'Suwet'-En und ihre Unterstützer sind nun abgezogen, doch wie jeden Freitag seit vielen Monaten sitzen hier heute Kyra Oser, Allan Wittur und Martin Golder, um auf den Klimawandel aufmerksam zu machen.

„Ich war schon öfter in der Arktis unterwegs und über die Jahre haben wir beobachtet, dass die Temperaturen dort um sechs Grad angestiegen sind“, sagt Martin. Und Kyra erzählt: „Ich bin aus Los Angeles nach Victoria gezogen – für meine Stelle als Doktorantin, aber auch, um den Folgen des Klimawandels zu entkommen. Ich habe die immer stärker werdende Hitze in Kalifornien nicht mehr vertragen. Hier in Kanada ist es schön kühl.“ Damit das so bleibt, hat sich Kyra entschieden, etwas zu unternehmen: „Mein Auto habe ich vor Jahren verkauft, außerdem boykottiere ich Fast Fashion.“

Auch auf der anderen Seite des Landes, an der Ostküste, in der Provinz Nova Scotia, machen sich die Menschen ihre Gedanken zum Klimawandel. Seit rund 14 Jahren arbeitet der Schiffsarchitekt Richard



Die Menschen im zweitgrößten Land der Erde tun sich schwer, mit der Bedrohung durch die Erderwärmung umzugehen. Die Stimmung schwankt zwischen Sorge, Trotz und Pragmatismus.

Ein Eisbär im Sirmilik-Nationalpark in Kanada. Forscher sehen Anzeichen dafür, dass die Folgen der Erderwärmung den Tieren zusetzt.

FOTO: DPA

Brooke an seinem Projekt „Safe Haven“ – „Sicherer Hafen“. Er entwickelt schwimmende Plattformen, die als Fundamente für Gebäude dienen könnten. Er sagt: „Mein Ziel ist es, den Vereinten Nationen zu helfen, die Küstenregionen dieser Welt zukunfts- und widerstandsfähig zu machen.“ Die Idee: Neubauten nicht mehr auf Betonfundamenten montieren, sondern auf Richards schwimmfähigen Plattformen. Diese könnten nicht nur Häuser tragen, wie er sagt, sondern auch Ställe für Vieh, Krankenhäuser oder Kraftwerke. „Gärten und ganze Felder finden darauf ebenfalls Platz.“ Wenn dann die Flut komme, schwämmen die schiffsartigen Fundamente auf der Wasseroberfläche, erklärt der Experte. „Und bei Bedarf können sie wie jedes Schiff an einen sicheren Ort transportiert werden.“

Ein Modell, so Richards Vision, könnte dabei in der Arktis eingesetzt werden, um Eisbären, vor dem Ertrinken zu retten. „Als Ersatz für die schwindenden Eisschollen. Zugleich könnte man auf ihnen Futter deponieren, damit sie sich satt fressen können.“

Der Eisbär, der es als Symbol auf die Zweidollarmünze des Landes geschafft hat, wird von kanadi-

sehen Wissenschaftlern aufmerksam beobachtet. Einer von ihnen ist Dr. Stephen Petersen, der sich der Bären-Population in Churchill, Manitoba, verschrieben hat. Er sagt: „Einige Indikatoren deuten darauf hin, dass es den Tieren bereits nicht mehr so gut geht. Zum Beispiel sichten wir weniger Weibchen mit Zwillingen oder Drillingen, außerdem hat ihr Durchschnittsgewicht abgenommen.“

Richard schaut von seinem Wohnzimmer aus auf den Hafen von Halifax. Wissenschaftler warnen davor, dass hier der Wasserspiegel schneller steigen wird als irgendwo sonst in der Welt. Wie die kanadische Zeitung „The Coast“ Ende 2019 berichtete, könnte hier in der Zukunft an extrem stürmischen Tagen ein Gebiet unter Wasser stehen, auf dem heute mehr als 1700 Gebäude im Gesamtwert von fast 1,94 Milliarden Dollar stehen. Generell, so schätzt das Bedford Institut für Ozeanografie, wird der Pegel des Hafenbeckens von Halifax im Jahr 2100 um rund 1,5 Meter gestiegen sein.

Und es geht bereits los: Wie Kanadas Branchenverband der Versicherungen mitteilt, gab es in Halifax und in der die Stadt umgebenden Provinz Nova Scotia 2019 weit mehr gemel-

dete Flutschäden als im Jahr zuvor. Mit knapp zehn Millionen Dollar lagen die Schäden fast zehnmal höher. Auch das Ausmaß der Überschwemmungen im Frühjahr 2019 in Québec führen Forscher auf den Klimawandel zurück. Für die von Québec fast 5000 Kilometer entfernte Westküste Kanadas sagt die gemeinnützige Organisation Climate Central sogar permanente Überflutungen voraus. So könnte in 80 Jahren etwa Richmond bei Vancouver verschwunden sein – eine Stadt, die flächenmäßig mit Darmstadt vergleichbar ist. Dass

es soweit nicht kommen wird, davon ist John Clague, Professor an der Simon-Fraser-Universität, überzeugt. Stattdessen rechnet er mit Ausgaben in Milliardenhöhe, um Orte wie Richmond vor den Fluten zu schützen. „Zu viele Menschen leben hier, die man nicht einfach umsiedeln kann“, sagte er dem Nachrichtensender „Global News“.

Generell glauben nach einer Erhebung von Wissenschaftlern 67 Prozent der Bevölkerung in Québec und 73 Prozent der Bewohner der östlichen Prince-Edward-Insel an einen vom Menschen verursachten Klimawandel. Damit sind diese Provinzen Spitzenreiter in Kanada. Dagegen nehmen in den Provinzen Saskatchewan und Alberta nur 47 beziehungsweise 42 Prozent der Bewohner den Klimawandel als menschengemacht wahr.

Das Ergebnis verwundert nicht, bedenkt man, dass die Wirtschaft Albertas massiv von den dortigen Ölvorkommen abhängt. So berichtet Pat Letizia, Geschäftsführerin der Umweltorganisation Alberta Ecotrust: „Wir beobachten in der Region eine starke Spannung zwischen wirtschaftlichen Interessen und Umweltbewusstsein.“ Die Menschen hätten Angst um ihre Arbeits-

INFO

Bei Treibhausgasen weltweit auf Platz 9

Ausstoß Laut World Resources Institute ist Kanada weltweit neuntgrößter Verursacher von Treibhausgasen und gehört zu den höchsten Pro-Kopf-Verbrauchern von Energie.

Abgabe Kanadier müssen für fossile Brennstoffe eine CO₂-Abgabe zahlen. Seit 2019 liegt sie bei 20 Dollar pro Tonne und wird bis 2022 auf 50 Dollar steigen.

Das Virus würgt Frankreichs brummenden Job-Motor ab

Die Arbeitslosigkeit war auf den tiefsten Stand seit zehn Jahren gesunken, die Wirtschaft boomt. Nun bedroht die Epidemie die Früchte von Reformen.

VON KNUT KROHN

PARIS Als sich unlängst in Paris Frankreichs Minister für Wirtschaft, für Arbeit und für Gesundheit mit Vertretern der Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände an einem Tisch setzten, schwante den Beteiligten schon, dass die drohende Epidemie den Aufschwung der französischen Wirtschaft treffen könnte. Doch nicht einmal Wirtschaftsminister Bruno Le Maire ahnte, wie hart der Schlag werden würde.

Nun macht das Virus einen dicken Strich durch das schöne Bild, das zuletzt von der französischen Wirtschaft gezeichnet wurde. Dabei konnte Arbeitsministerin Muriel Pénicaud in den vergangenen Monaten immer wieder neue Erfolge vermelden. Deutlichstes Zeichen des Booms: die Arbeitslosigkeit sank auf zuletzt 8,1 Prozent und liegt damit so niedrig wie seit über zehn Jahren nicht mehr. In 24 Départements sei die Quote sogar unter sieben Prozent, hatte die Ministerin zufrieden erklärt. Im Wahlkampf hatte Präsident Emmanuel Macron verspro-

chen, die Arbeitslosigkeit bis 2022 im ganzen Land auf sieben Prozent zu drücken. Muriel Pénicaud ist überzeugt, dass dieses Ziel erreicht werden kann.

Die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt trotzte sogar den anhaltenden Protesten der „Gelbwesten“, die zum großen Missfallen der Regierung im November noch von den landesweiten Demonstrationen gegen die angekündigte Rentenreform überlagert wurden. Grund für die robuste Ökonomie sei, heißt es aus dem Arbeitsministerium immer wieder, dass der Aufschwung kein wirtschaftliches Strohfeuer darstelle, sondern auf die grundlegenden und erfolgreichen Reformen der vergangenen Jahre zurückgeführt werden könne.

Gern verschwiegen wird in Paris allerdings, dass bereits Macrons Vorgänger sich an die Reform des Arbeitsmarktes gemacht haben. So hatte François Hollande jene Unternehmen steuerlich entlastet hat, die Einstellungen vornehmen. Und Nicolas Sarkozy war bei der Flexibilisierung des Arbeitsmarktes erfolg-

reich. Die aktuelle Regierung konnte also an einen bereits laufenden Prozess anknüpfen.

So hat sie etwa die Kosten für die Firmen im Fall von Entlassungen gesenkt, was dazu führt, dass die Unternehmen sich heute weniger vor Neueinstellungen scheuen. Zudem darf nun auch in Arbeitsverträgen

von den allgemein geltenden Regeln in einer Branche abgewichen werden, was früher nur in Ausnahmefällen möglich war. So kann die Gestaltung der Arbeitszeit individueller geregelt werden, die Höhe der Entlohnung oder auch die Möglichkeiten der Versetzung innerhalb eines Unternehmens. Zudem wurden

für kleine und mittlere Unternehmen bürokratische Hürden abgebaut. Das gilt nicht nur für traditionelle Firmen. In einer aktuellen Studie des Beratungsunternehmens Ernst&Young wird hervorgehoben, dass vor allem zukunftsträchtige Firmen, die im Bereich Forschung und Entwicklung investieren, mit aller-

lei finanziellen Anreizen und rechtlichen Lockerungen ins Land gelockt wurden.

Die Regierung weist darauf hin, dass seit der Änderung der Arbeitsgesetze der Anteil neuer Arbeitsplätze mit unbefristeten Verträgen gestiegen sei. Erstmals seien mehr als vier Millionen Beschäftigte auf dieser Basis eingestellt worden. Für Patrick Artus, Chefökonom bei der Investmentbank Natixis, ist eine andere Zahl noch aussagekräftiger für die gute Entwicklung. Er weist darauf hin, dass 2019 in Frankreich netto insgesamt 263.000 neue Stellen geschaffen worden sind. Das sei eine „außergewöhnliche Leistung“.

Arbeitsministerin Muriel Pénicaud betont immer wieder, dass es auch gelungen sei, für junge Leute die Lehrberufe attraktiver zu machen. So wurden die Theorie- und Praxiseinheiten neu geregelt und die Möglichkeiten für duale Studien erweitert. Als Ergebnis ist die Zahl der Auszubildenden in Frankreich im Jahr 2019 auf fast eine halbe Million gestiegen. 2018 waren es noch knapp 440.000.

Krisentreffen französischer Minister mit Arbeitgeber- und Gewerkschaftsvertretern zu den möglichen Folgen einer Corona-Epidemie.

FOTO: AFP

